

Droßel & Leitzke GbR - Allgemeine Mandatsbedingungen

In Sachen _____

wegen _____

§ 1

Anwendungsbereich

Diese Allgemeinen Mandatsbedingungen gelten in Verbindung mit der Vollmachtserteilung an die Rechtsanwälte **Hans Hermann Droßel, Detmar Leitzke, Alexander Droßel***, Heinrich-Nordhoff-Straße 101, 38440 Wolfsburg (nachstehend „die Kanzlei“ genannt).

(*Rechtsanwalt im Angestelltenverhältnis)

§ 2

Gebührenhinweis

(1) Der Mandant ist vor Beginn der Beratung und Übernahme des Auftrages darauf hingewiesen worden, dass sich die anwaltlichen Gebühren nach dem Rechtsanwaltsvergütungsgesetz (RVG) richten. Für die Höhe der Gebühren ist der sogenannte Gegenstandswert maßgeblich, es sei denn es wurde eine individuelle Vergütungsvereinbarung getroffen.

(2) Der Mandant ist ferner vor Übernahme des Auftrages darauf hingewiesen worden, dass zu Beginn des Auftragsverhältnisses der Gegenstandswert häufig nur geschätzt werden kann und deshalb vorläufig ist. Der Gegenstandswert kann sich im Laufe des Verfahrens ändern. Eine zutreffende Bestimmung des Gegenstandswertes kann erst nach Abschluss der Angelegenheit bei Fälligkeit der Gebühren erfolgen. Jeder Anwalt ist grundsätzlich verpflichtet die gesetzlichen Gebühren zu berechnen, so dass eine eventuell unzutreffend mitgeteilte Höhe des Gegenstandswertes nicht zu einer niedrigen Gebührenhöhe führt.

(3) Dem Mandanten ist bekannt, dass er die Kosten des Mandats trägt, falls keine Deckungszusage durch seine Rechtsschutzversicherung erfolgt.

(4) Die Kanzlei kann von dem Mandanten für die voraussichtlich entstehenden Gebühren und Auslagen einen angemessenen Vorschuss fordern.

(5) Alle Vergütungsansprüche der Kanzlei werden mit Stellung der Rechnung fällig und sind sofort ohne Abzüge zahlbar.

(6) Der Mandant tritt sämtliche Ansprüche auf Kostenerstattung durch die Gegenseite, die Rechtsschutzversicherung oder sonstige Dritte in der Höhe der Honorarforderung der Kanzlei hiermit an diese ab. Die Kanzlei nimmt die Abtretung an.

(7) Bestehen offene Vergütungsansprüche der Kanzlei gegenüber dem Mandanten, so ist diese berechtigt, die Aufrechnung mit eingehenden Zahlungen aus demselben oder einem anderen zwischen der Kanzlei und dem Mandanten bestehenden Anwaltsvertragsverhältnis zu erklären.

§ 3

Gegenstand der Rechtsberatung und -vertretung

(1) Die Rechtsberatung und -vertretung des Rechtsanwalts bezieht sich ausschließlich auf das Recht der Bundesrepublik Deutschland. Eine steuerliche Beratung und/oder Vertretung ist nicht geschuldet.

(2) Der Rechtsanwalt ist berechtigt, zur Bearbeitung des Mandats fachkundige Dritte heranzuziehen.

§ 4

Mitwirkungspflichten und Obliegenheiten des Mandanten

(1) Der Mandant ist verpflichtet, der Kanzlei alle zur Erbringung der vereinbarten Rechtsdienstleistung erforderlichen Tatsachen umfassend und wahrheitsgemäß mitteilen. Der Mandant verpflichtet sich insbesondere, der Kanzlei die erforderlichen Unterlagen und Daten vollständig und in geordneter Form zu übermitteln

(2) Der Mandant informiert die Kanzlei umgehend über Änderungen seiner Anschrift, der Telefon- und Faxnummer, der E-Mail-Adresse etc. und ferner über längerfristige Ortsabwesenheit oder sonstige Umstände, die seine vorübergehende Unerreichbarkeit begründen.

(3) Übermittelt die Kanzlei dem Mandanten Schreiben oder Schriftsätze, ist dieser dazu verpflichtet, diese sorgfältig dahingehend zu prüfen, ob diese vollständig und wahrheitsgemäß sind. Sollten Änderungen oder Ergänzungen des Vortrags und insbesondere des Tatsachenvortrags erforderlich sein, wird der Mandant die Kanzlei unverzüglich informieren.

(4) Sofern dem Mandanten gerichtliche oder behördliche Schriftstücke (z.B. Klageschrift; gerichtliche Verfügungen usw.) zugestellt werden, hat er die Kanzlei unverzüglich von der Zustellung unter Angabe des Zustelldatums zu unterrichten und das Schriftstück an die Kanzlei zu übermitteln.

§ 5

Verschwiegenheit

(1) Die Kanzlei ist zur Verschwiegenheit verpflichtet. Diese Pflicht bezieht sich auf alles, was der Kanzlei in Ausübung Ihres Berufes bekannt geworden ist. Dies gilt nicht für Tatsachen, die offenkundig sind oder ihrer Bedeutung nach keiner Geheimhaltung bedürfen.

(2) Der Mandant erklärt sich mit der Weitergabe von Mandatsinformationen an die Rechtsschutzversicherung des Mandanten einverstanden.

§ 6

Hinweise

(1) Die Kanzlei ist nur dann verpflichtet, Rechtsmittel und Rechtsbehelfe einzulegen, wenn diese von dem Mandanten einen darauf gerichteten Auftrag erhalten und diesen angenommen hat.

(2) Der Mandant erteilt der Kanzlei die Genehmigung zur elektronischen Verarbeitung der personenbezogenen Daten des Mandanten. Soweit der Mandant eine E-Mail-Adresse mitgeteilt hat, willigt er ein, ohne Einschränkung per E-Mail mandatsbezogene Informationen aus der Kanzlei zu erhalten. Dem Mandanten ist bekannt, dass bei unverschlüsselten E-Mails nur eine eingeschränkte Vertraulichkeit gewährleistet ist. Für die Einhaltung der datenschutzrechtlichen Belange auf Seiten des Mandanten sorgt dieser selbst.

(3) Eine Verpflichtung der Kanzlei zur Übersendung von Schriftstücken an den Mandanten per E-Mail besteht nicht.

§ 7

Haftungsbeschränkung

Die Haftung der Kanzlei aus dem zwischen ihr und dem Mandanten bestehenden Vertragsverhältnis auf Ersatz eines durch einfache Fahrlässigkeit verursachten Schadens wird hiermit auf 1.000.000,00 € beschränkt. Diese Haftungsbeschränkung gilt nicht bei grob fahrlässiger oder vorsätzlicher Schadensverursachung, ferner nicht für eine Haftung für schuldhaft verursachte Schäden wegen der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit einer Person.

§ 8

Schlussbestimmungen

(1) Die etwaige Unwirksamkeit einzelner Bestimmungen dieser Mandatsbedingungen lässt die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen unberührt.

(2) Der Mandant erklärt, dass er mit den vorstehenden „Allgemeinen Mandatsbedingungen“ einverstanden ist.

Ort, Datum

Unterschrift